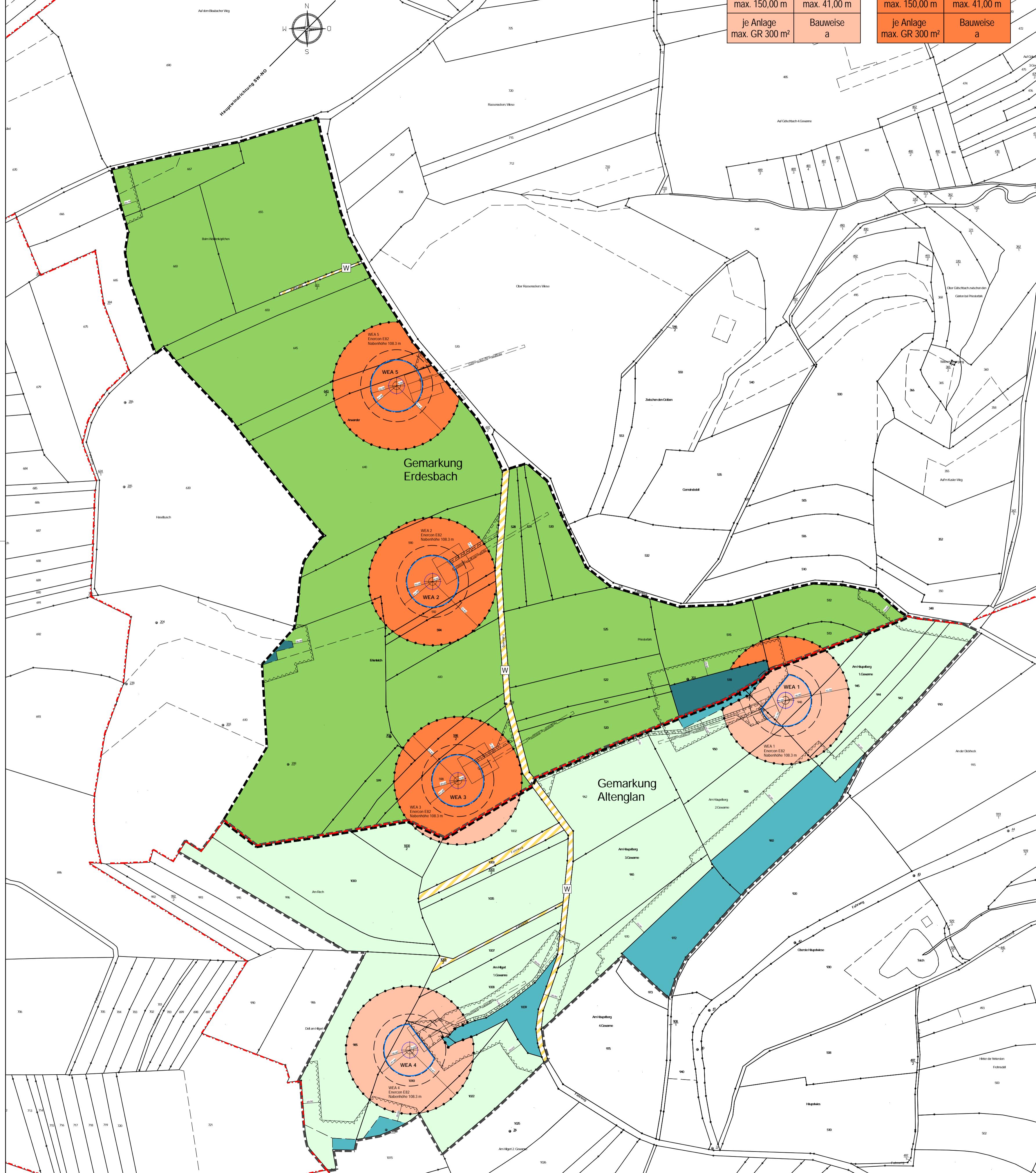


Planteil A
Bebauungsplan
"Sondergebiet Windkraftnutzung Bisters Berg"
M 1:2.500



Teil B

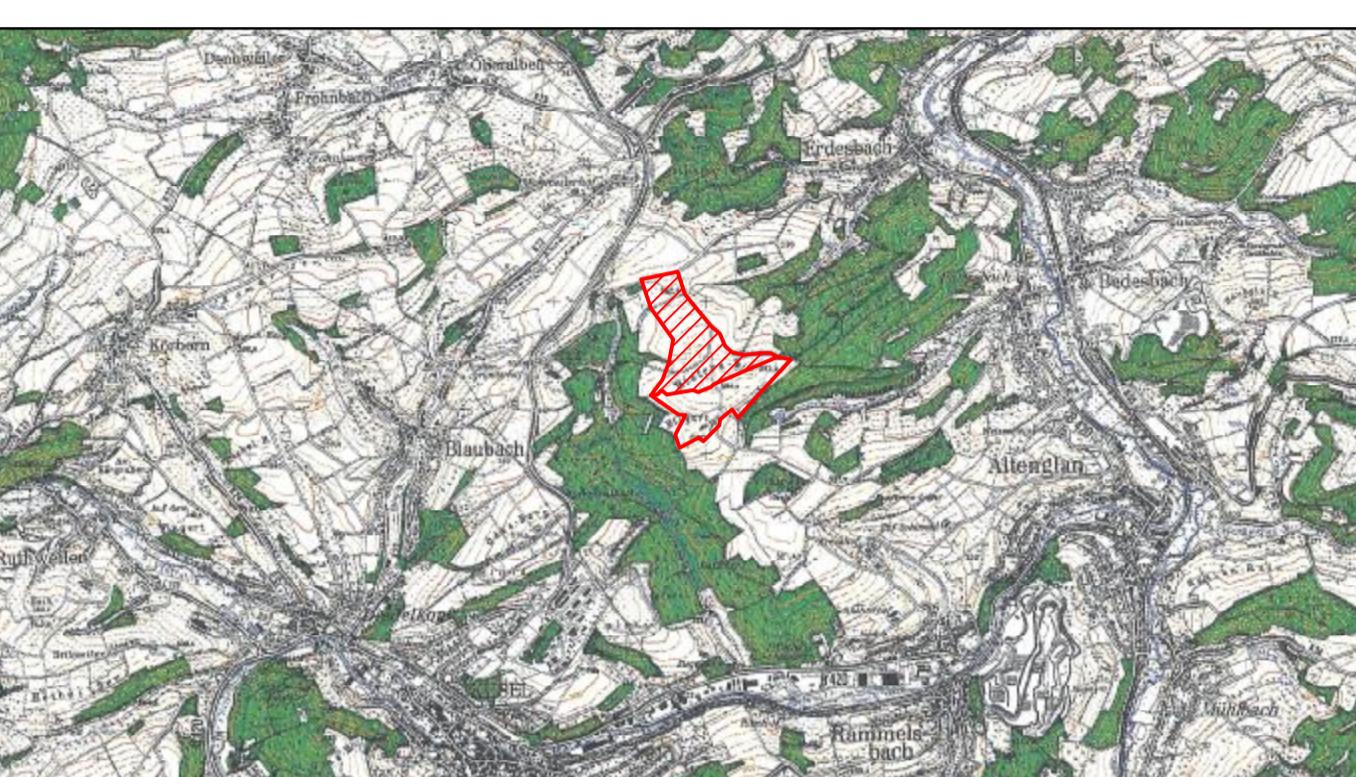
Festsetzungen gem. § 9 BauGB

- Grenze des räumlichen Geltungsbereiches 1 des Bebauungsplanes (Gemarkung Erdesbach) (§ 9 Abs. 7 BauGB)
- Grenze des räumlichen Geltungsbereiches 2 des Bebauungsplanes (Gemarkung Altenglan) (§ 9 Abs. 7 BauGB)
- Sonstiges Sondergebiet: SO Wind - Gebiet für Anlagen, die der Nutzung der Windenergie dienen (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 11 BauNVO)
 - Hohe der baulichen Anlage: Hier: Gesamthöhe der Windenergianlage max. 150,00 m (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 18 BauNVO)
 - Rotoradius max. 41,00 m (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 18 BauNVO)
 - Maximal zulässige Grundfläche (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 19 BauNVO)
- abweichende Bauweise (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB i.V.m. § 22 Abs. 2 BauNVO)
- Baugrenze (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB u. § 23 Abs. 3 BauNVO)
- Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung und des Maßes der Nutzung (§ 16 Abs. 5 BauNVO)
- Flächen, die von der Bebauung freizuhalten sind (§ 9 Abs. 1 Nr. 10 BauGB)
- Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)
- Zweckbestimmung: Wirtschaftsweg
- Fläche für die Landwirtschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 18a BauGB)
- Fläche für Wald (§ 9 Abs. 1 Nr. 18b BauGB)

Ortsgemeinde
Erdesbach

Satzung
Bebauungsplan
"Sondergebiet Windkraftnutzung Bisters Berg"

Stand: 16. Januar 2007



Übersichtslageplan 1:50 000

Plangebiet

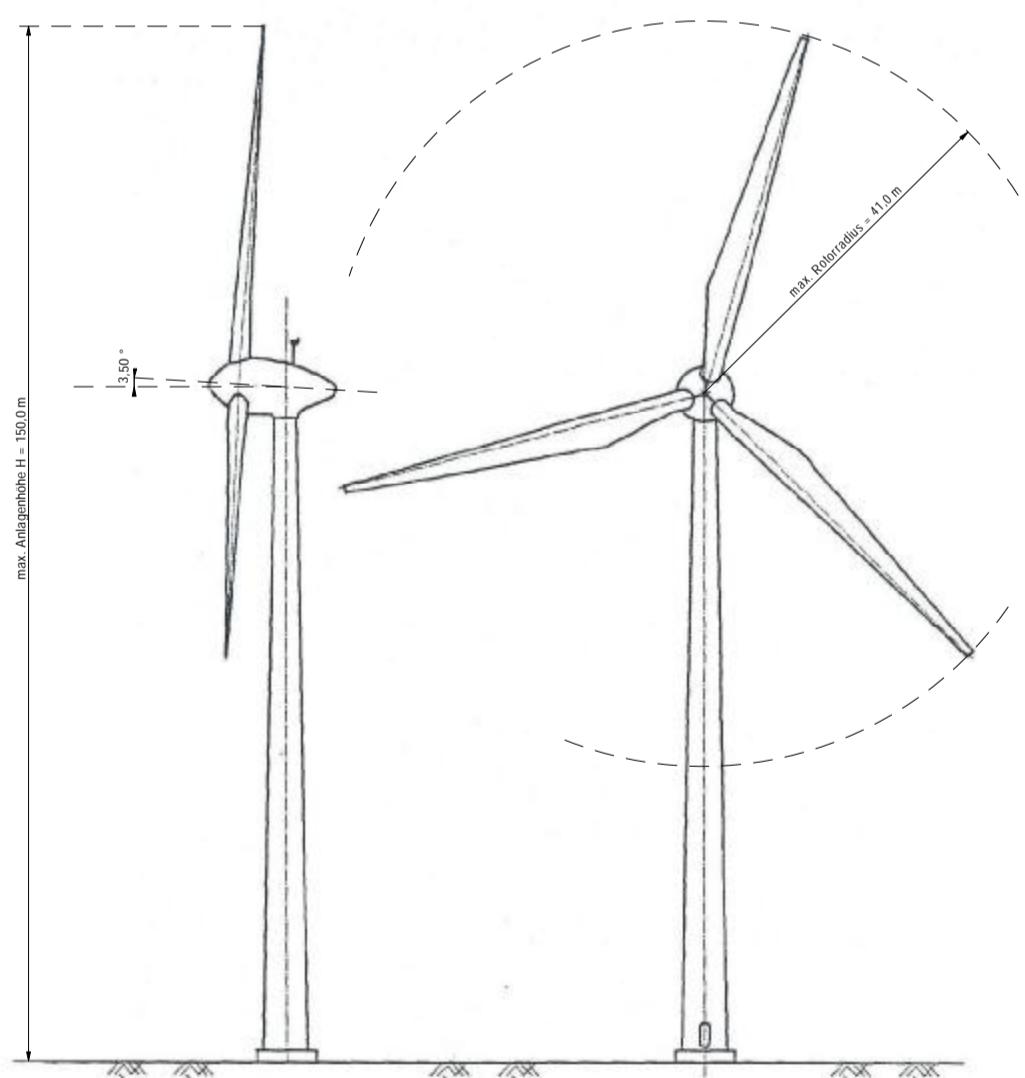
Entwurfsvfasser

Ingenieurbüro Martin
Dipl.-Ing. R. Martin (EUR ING)
Beratender Ingenieur
Am Stützenwald 29a
66377 Ramstein-Miesenbach
Tel.: 06371 - 98 16 0
Fax: 06371 - 98 16 16

Ramstein, den 16.01.2007
Unterschrift

Bearbeitung: Dipl.-Ing. Niendorf

Schema - max. Anlagenhöhe (ohne Maßstab)



Der Ortsgemeinderat Erdesbach hat am _____ gemäß § 1 Abs. 3 und § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung dieses Bebauungsplanes beschlossen.

Der Aufstellungsbeschluss wurde am _____ ortsüblich bekannt gemacht (§ 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB).

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, sind mit Schreiben vom _____ entsprechend § 3 Abs. 15. 1 BauGB unterrichtet und zur Auferung auch im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufgefordert worden (Frühzeitige Behördenbeteiligung (Scoping) nach § 4 Abs. 1 BauGB).

Die abgegebenen Stellungnahmen wurden vom Gemeinderat am _____ gemäß § 1 Abs. 7 BauGB geprüft.

Die Öffentlichkeit wurde durch öffentliche Bekanntmachung am _____ I.S.v. § 3 Abs. 1 S. 1 BauGB fruhzeitig unterrichtet. Ihr wurde bis zum _____ Gelegenheit zur Aufstellung und Erörterung gegeben (Reguläre Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB).

Die abgegebenen Stellungnahmen wurden vom Ortsgemeinderat am _____ gemäß § 1 Abs. 7 BauGB geprüft.

Den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, wurde mit Schreiben vom _____ Gelegenheit zur Stellungnahme bis zum _____ gegeben (Reguläre Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB).

Die abgegebenen Stellungnahmen wurden vom Ortsgemeinderat am _____ gemäß § 1 Abs. 7 BauGB geprüft.

Der Satzungsbeschluss wurde am _____ gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt gemacht. Mit dieser Bekanntmachung ist der Bebauungsplan in Kraft getreten.

Jedermann kann diesen Bebauungsplan einschließlich der bauplanungs- und bauordnungsrechtlichen textlichen Festsetzungen, der Begründung sowie der zusammenfassenden Erklärung bei der im ortsüblich bekannt gemachten Beschluss angegebenen Dienststelle einsehen und über den Inhalt Auskunft erhalten (§ 10 Abs. 3 BauGB).

Auf die Voraussetzungen für die Geltendmachung der Verletzung von Vorschriften sowie auf die Rechtsfolgen des § 215 Abs. 1 BauGB wurde hingewiesen (§ 215 Abs. 2 BauGB). Außerdem wurde auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB hingewiesen (§ 44 Abs. 5 BauGB). Auch auf § 24 Abs. 6 GemO wurde hingewiesen.

Erdesbach, den _____
(Siegel)
(Ortsbürgermeister)

Rechtsgrundlagen

- Für die Verfahrensdurchführung und die Festsetzung des Bebauungsplanes gelten u.a. folgende Gesetze und Verordnungen:
- das Baugesetzbuch (BauGB) in der Bekanntmachung der Neufassung vom 27. August 1997 (BGBl. I S. 2141, 1998 I S. 137), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes zur Erleichterung von Planungsvorhaben für die Immenentwicklung der Städte (BGBl. I N. 64 vom 27.12.2000, S. 2878)
 - die Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Bekanntmachung der Neufassung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 132) zuletzt geändert durch Art. 3 des Investitionsförderleitungs- und Wohnbaulandgesetzes vom 22. April 1993 (BGBl. I, S. 466)
 - die Anlage zur Überprüfung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts - Planzeichenverordnung (PlanZV 90) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I S. 58)
 - die Landesbauordnung Rheinland-Pfalz (LBO) in der Fassung vom 12. November 1998
 - das Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG) in der Fassung vom 21. September 1998 (BGBl. I, S. 1966), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 09. September 2001 (BGBl. I, S. 2331)
 - das Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalt (Wasserhaushaltsgesetz - WHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. November 1996 (BGBl. I S. 1695), zuletzt geändert durch Gesetz vom 09. September 2001 (BGBl. I, S. 2331)

Zeichenerklärung

- Gemarkungsgrenze
 WEA-Standort (Turm)
 WEA-Fundament
 vorh. Grundstücksgrenze mit Flurstücksnr.
 Kranstielflächen
Gittermast/Kranauflauf
Wegebau